Zu der Tagesordnung wird die Beantwortung der Anfrage von Frau Baum (Die Linke) aufgenommen (Anlage 2).
Die Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 14.03.2013

Das Protokoll vom 14.03.2013 wird einstimmig bestätigt.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 4 Antrag der privaten Trägerin Bettina Ruppert zur Aufnahme der Kindertagesstätte "Markpieser Kitawichtel" in Markgrafpieske in den Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung im Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 018/2013**

Frau Kilian trägt den Beschlussvorschlag der Verwaltung vor und spricht allgemein die Prüfung der Kindertagesstätte an, welche bis auf ein Kriterium alle Prüfkriterien erfüllt haben. Es erfolgen keine Fragen durch die Ausschussmitglieder.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Aufnahme der Kindertagesstätte „Markpieser Kitawichtel“ in Markgrafpieske in den Bedarfsplan für die Kindertagesbetreuung des Landkreises zum 01.01.2014.

Entscheidung:

Der Jugendhilfeausschuss gibt dem Kreistag einstimmig die Empfehlung die Beschlussvorlage zu bestätigen.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 5 Antrag auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe durch den Träger "Kick mit uns e.V."
Vorlage: 019/2013**

Frau Kilian trägt die Beschlussvorlage vor. Frau Killisch bittet darum die Diskussion im Unterausschuss Jugendhilfeplanung kurz zu thematisieren. Frau Stiller erläutert, dass im Unterausschuss sehr ausführlich und sehr emotional über die Trägeranerkennung gesprochen wurde. Die im Unterausschuss vom Träger anwesende Frau Kossatz hat das Angebot des Trägers sehr engagiert dargestellt. Der Träger hat einen Antrag bei „Aktion Mensch“ gestellt und bei dem Antragsverfahren wurde ihnen gesagt, dass sie Träger der freien Jugendhilfe sein müssen, um die Fördervoraussetzungen zu erfüllen. Frau Kossatz konnte nur schwer verständlich gemacht werden, dass bei einem Träger der freien Jugendhilfe bestimmte Kriterien erfüllt sein müssen, welche der Träger „Kick mit uns e.V.“ nicht erfüllt. Der Unterausschuss ist auf die einzelnen Begründungen für die Ablehnung im Detail eingegangen und hat ihr mehrere Beratungsangebote unterbreitet und Vorschläge für eine mögliche Finanzierung aufgezeigt. Ebenso wurde ihr der Hinweis gegeben auch Frankfurt/Oder um Unterstützung zu bitten, da der Träger zwar den Sitz im Landkreis Oder-Spree hat, aber beim Träger ausschließlich Kinder und Ju-

gendliche aus dem Einzugsgebiet Frankfurt/Oder trainieren.“ Herr Ullrich fügt hinzu, dass sich der Träger klar werden muss, ob er ein Sportverein oder ein Träger der freien Jugendhilfe, alles zusammen funktioniert nicht.“

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Antrag des eingetragenen Vereins „Kick mit uns“ auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII nicht zu.

Entscheidung:

Der Jugendhilfeausschuss bestätigt einstimmig die Beschlussvorlage.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 6 Richtlinie zur Förderung von Unterstützungsangeboten für werdende Eltern und Familien mit Kindern von 0-3 Jahren im Landkreis Oder-Spree Vorlage: 010/2013

Frau Wenk bringt die Richtlinie in den Ausschuss ein.

Eine Schlussfolgerung aus dem Kinderschutzbericht 2010 ist, dass Familien mit Kindern im Alter von 0 bis 3 Jahren im Landkreis Oder-Spree einen besonderen Unterstützungsbedarf benötigen und entsprechende Angebote brauchen. Mit Inkrafttreten des Bundeskinderschutzgesetzes am 01.01.2012 wurde die staatliche Gemeinschaft – also alle – aufgefordert, Eltern bei der Wahrnehmung ihres Erziehungsrechts und ihrer Erziehungsverantwortung zu unterstützen und Angebote für frühe Hilfen, die präventiv ausgerichtet sind anzubieten. Diese Angebote, die im Landkreis Oder-Spree bereits bestehen, sollen erweitert und ausgebaut werden.

Die Änderung des § 16 (3) SGB VIII weist insbesondere auch auf die Zielgruppe der werdenden Eltern hin. Zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes wurde im Jugendamt im Jahr 2012 in verschiedenen Arbeitsgruppen gearbeitet, die die Ausgestaltung der Anforderungen des Gesetzes zum Inhalt hatten (z.B. frühe Hilfen, Netzwerk, Information an Eltern, Qualifizierung des Verfahrens im Kinderschutz etc.).

Die AG „Frühe Hilfen“ bestand aus verschiedenen Fachbereichen des Jugendamtes und erfasste zunächst den Bestand an Angeboten für diese Zielgruppe in Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Jobcenter, dem Sozialamt und dem Gesundheitsamt im Netzwerk. Aus dem sich ergebenden Bedarf wurde die vorliegende Richtlinie erarbeitet, die zum 01.07.2013 in Kraft treten soll. Durch die Richtlinie sollen die Aktivitäten der freien Träger, die mit ihren Angeboten für frühe Hilfen schon arbeiten, durch das Jugendamt unterstützt werden, so dass bestehende Angebote erweitert oder Angebote ergänzt werden können. Die Angebote sollen insbesondere als Gruppenangebote niedrigschwellig erbracht werden. Antragsberechtigt sind sowohl freie Träger der Jugendhilfe als auch Städte und Gemeinden. Die Höhe der Förderung orientiert sich an Erfahrungen aus der fallübergreifenden Arbeit in der Jugendhilfe. Nebenbestimmungen und Erläuterungen werden zusammen mit der Richtlinie im Internet zu finden sein, wenn sie verabschiedet ist.

Frau Baum: „Wie soll Erziehungskompetenz der Eltern erreicht werden?“

Frau Wenk: „Wir sind sehr gespannt, welche Ideen bei den Anträgen uns dazu erreichen. Ziel ist es den werdenden Eltern bzw. die jungen Eltern besonders in den ersten Lebensjahren Unterstützung zu bieten. Hier geht es darum, als Erziehungsratgeber den Eltern zur Seite zu stehen, um die Lebenswelt der Eltern zu erleichtern, so dass sie ihren Weg in der Gesellschaft finden können. Wir gehen davon aus, dass es Unsicherheiten bei den Eltern gibt, welche abgebaut werden sollen und die Eltern ihren Weg der Erziehung finden können.“

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Richtlinie zur Förderung von Unterstützungsangeboten für werdende Eltern und Familien mit Kindern von null bis drei Jahren im Landkreis Oder-Spree.

Entscheidung:

Der Jugendhilfeausschuss gibt dem Kreistag einstimmig die Empfehlung die Beschlussvorlage zu bestätigen.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 7 Qualitätsstandards für die Arbeit der sozialpädagogischen Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit
Vorlage: 022/2013**

Herr Ullrich stellt kurz den Diskussionsstand des Unterausschusses vor: „Frau Christiani stellte die weiterentwickelten Qualitätsstandards im Unterausschuss vor und den Prozess der Fortschreibung dieser Standards. Die Fachkräfte der freien Träger und des Landkreises Oder-Spree erarbeiteten in Workshops die neuen Standards. Die überarbeiteten Standards haben einen hohen Anspruch an die Arbeit der Fachkräfte. Ein wichtiger Punkt stellt in dem Konzept die Gruppenarbeit dar, welche durch diese Standards gestärkt werden soll.“

Frau Kilian würdigte die Mitwirkung der Fachkräfte im Prozess der Fortschreibung und die anspruchsvolle fachliche Zielsetzung.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die vorliegenden Qualitätsstandards als verbindliche Arbeitsgrundlage im Landkreis Oder-Spree.

Entscheidung:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt mehrheitlich der Beschlussvorlage zu.

mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 8 Bestätigung der Vorschlagslisten für die Jugendschöffen bei den Amtsgerichten Eisenhüttenstadt und Fürstenwalde sowie dem Landgericht Frankfurt/Oder

Frau Karkowsky bringt die Vorschlagslisten für die Jugendschöffen ein.

„Zum 31.12.2013 endet die Amtsperiode der im Jahr 2008 gewählten Jugendschöffen beim Landgericht Frankfurt/Oder und bei den Amtsgerichten Fürstenwalde und Eisenhüttenstadt. Für die nächste Amtszeit 2014 bis 2018 ist im Jahr 2013 die Neuwahl der Jugendschöffen durchzuführen. Aufgrund der Mitteilung des Präsidenten des Amtsgerichtes Frankfurt/Oder vom 10.01.2013 an das Jugendamt ist die Vorschlagsliste zur Wahl der Jugendschöffen durch den Jugendhilfeausschuss aufzustellen.“

Entsprechend dieser Mitteilung beträgt die Anzahl der vom Jugendhilfeausschuss des Landkreises Oder-Spree für das Jugendschöffen- bzw. Jugendhilfsschöffenamt vorzuschlagenden

Personen insgesamt 172 Personen, d.h. für das Amtsgericht Eisenhüttenstadt 30 Personen, für das Amtsgericht Fürstenwalde 40 Personen, für das Landgericht Frankfurt /Oder(zugeordnet dem AG Eisenhüttenstadt) 5 Personen und für das Landgericht Frankfurt/Oder (zugeordnet dem AG Fürstenwalde) 11 Personen. In die Vorschlagsliste ist die doppelte Zahl der benötigten Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen aufzunehmen, möglichst Männer und Frauen in gleicher Anzahl.

Das Bewerbungsverfahren wurde vom Jugendamt durchgeführt. Es wurden zwei Zeitungsannoncen im Zeitraum Februar bis April geschaltet, ehemalige Jugendschöffen angeschrieben und in der AG nach § 78 SGB VIII über die Jugendschöffenwahl informiert.

Die Verwaltung des Jugendamtes hat nach den rechtlichen Vorgaben entsprechend der gemeinsamen „Allgemeinen Verfügung des Ministers der Justiz, des Ministers des Innern, der Ministerin für Bildung, Jugend und Sport und des Ministers für Infrastruktur und Landwirtschaft vom 4. September 2012“ die Geeignetheit der Bewerber geprüft.

Prüfkriterien:

Als Jugendschöffen sollen nicht berufen werden:

- Personen, die bei Beginn der Amtsperiode das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben
- Beamte, die jederzeit einstweilig in den Warte- oder Ruhestand versetzt werden können
- Personen, die das 70. Lebensjahr vollendet haben oder es bis zu Beginn der Amtsperiode vollenden würden
- Richter und Beamte der Staatsanwaltschaft, Notare und Rechtsanwälte
- Personen, die zur Zeit der Aufstellung der Vorschlagsliste nicht im Landkreis Oder-Spree wohnen
- Gerichtliche Vollstreckungsbeamte, Polizeivollzugsbeamte, Bedienstete des Strafvollzuges sowie hauptamtliche Bewährungs- und Gerichtshelfer
- Personen, die aus gesundheitlichen Gründen für das Amt nicht geeignet sind
- Personen, die in Vermögensverfall geraten sind
- Religionsdiener und Mitglieder solcher religiösen Vereinigungen, die satzungsgemäß zum gemeinsamen Leben verpflichtet sind
- Personen, die als ehrenamtliche Richter in der Strafrechtspflege in zwei aufeinander folgenden Amtsperioden tätig gewesen sind, von denen die letzte Amtsperiode zum Zeitpunkt der Aufstellung der Vorschlagslisten noch andauert
- der Bundespräsident
- wer gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder der Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat
- Mitglieder der Bundesregierung oder einer Landesregierung
- wer wegen einer Tätigkeit als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Sinne des § 6 Abs. 4 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes oder als diesen Mitarbeitern nach § 6 Abs. 5 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes gleichgestellte Person für das Amt des ehrenamtlichen Richters nicht geeignet ist.

Insgesamt gab es 175 Bewerber, von denen anhand der Prüfkriterien insgesamt 163 geeignete Personen aufgestellt werden konnten. 9 Bewerber mussten abgelehnt werden, weil sie außerhalb vom Landkreis Oder-Spree wohnen, über 70 Jahre alt sind oder bereits zwei Perioden als Schöffe tätig waren und eine Pause erforderlich ist.

Die Vorschlagslisten für die Wahl in das Amt eines Jugendschöffen, den einzelnen Gerichten zugeordnet, stellt sich wie folgt dar:

- für das Amtsgericht Eisenhüttenstadt insgesamt 53 , davon 30 weibliche und 19 männliche Personen,
- für das Amtsgericht Fürstenwalde insgesamt 78, davon 47 weibliche und 31 männliche Personen,
- für das Landgericht Frankfurt (zugeordnet dem AG Eisenhüttenstadt) insgesamt 10, davon 5 weibliche und 5 männliche Bewerber
- für das Landgericht Frankfurt (zugeordnet dem AG Fürstenwalde) insgesamt 22, davon 12 weibliche und 10 männliche Personen.

Die Vorschlagslisten liegen den Mitgliedern des Ausschusses als Tischvorlage vor. Grund hierfür ist, dass solange wie möglich die Gelegenheit besteht sich zu bewerben, da noch 9 Bewerber fehlen. Zudem wollten die Verwaltung vermeiden, dass ein Sonderausschuss einberufen werden muss.

Der Jugendhilfeausschuss stellt Vorschlagslisten auf, indem er darüber abstimmt.

„Für die Aufnahme der aufgestellten Personen in die Vorschlagsliste ist die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder, mindestens jedoch der Hälfte aller stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses erforderlich (§ 35 Absatz 3 JGG).“

Nach der Beschlussfassung durch den Jugendhilfeausschuss werden die Vorschlagslisten in der Zeit vom 03.06. bis zum 17.06.2013 öffentlich im Jugendamt ausgelegt, bevor sie bei den Amtsgerichten und dem Landgericht bis zum 15.07.2013 eingereicht werden. Vom 16.08. bis 15.10.2013 findet die Wahl der Jugendschöffen und Zusammentreten der Wahlausschüssen bei den Amtsgerichten statt. Am 30.11.2013 erfolgt die Auslosung der Jugendhauptschöffen und Jugendhilfsschöffen für das kommende Geschäftsjahr.“

Frau Wagner: „Es gibt sehr viel Prüfkriterien, jedoch fehlt mir hierbei ein Punkt der Überprüfung. Wie verhält es sich mit Personen, die Bereich Rechtsextremismus straffällig bzw. überhaupt auffällig geworden sind?“

Herr Isermeyer: „Während des öffentlichen Auslegens der Vorschlagslisten können Personen kommen und einen Hinweis bzw. eine Begründung abgeben, warum eine Person nicht aufgestellt werden darf. Wir melden dieses dann an den Wahlausschuss bei den Gerichten. Der Wahlausschuss wird gewählt für die Überprüfung der aufgestellten Personen und wählt diese dann endgültig aus.“

Frau Baum: „Können die Personen an mehreren Gerichten gleichzeitig als Jugendschöffe tätig sein?“

Frau Karkowsky: „Jugendschöffen können nicht gleichzeitig an mehreren Gerichten tätig sein, sondern nur an einem Gericht.“

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss bestätigt die Vorschlagslisten für die Wahl von Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen für die Amtsgerichte Eisenhüttenstadt und Fürstenwalde sowie für das Landgericht Frankfurt/Oder für die Amtsperiode 2014-2018.

Entscheidung:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt mehrheitlich der Beschlussvorlage zu.

mehrheitlich zugestimmt

Zu TOP 9 Information der Verwaltung

Frau Christiani: „Das Gesetz § 24 Abs. 2 SGB VIII ändert sich zum 01.08.2013 dahingehend, dass ein neuer Rechtsanspruch existiert. Kinder, die das erste Lebensjahr überschritten haben, haben nun auch Anspruch auf Betreuung in einer Kindertagesstätte und Kindertagespflege. Eltern können klagen, wenn sie keinen Platz in einem Umkreis von ca. 30 min bekommen und dann muss der Landkreis gegenbenenfalls eine private Betreuung bezahlen. Ein abgestimmter Erfahrungswert zeigt, dass die Versorgungsquote von 53 % ausreichen könnte, auf welche in den letzten Jahren hingearbeitet wurde. Die Nutzungsquote im Landkreis Oder-Spree liegt momentan bei 50 bis 52 %. Für den Ausbau der Kindertagesstätten in Bezug auf Kapazität und Qualität gab es ein Förderprogramm des Bundes. In der ersten Förderetappe von 2008 bis 2013 wurden 424 Plätze geschaffen, davon 277 Plätze neu geschaffen und 147 qualitativ ausgebaut. In der zweiten Förderperiode wurde in 116 Plätze investiert, davon wurden 39 Plätze gesichert und 77 Plätze neu geschaffen.“

Frau Kilian: „Wie viele Tagespflegestellen existieren im Landkreis?“

Frau Christiani: „255 Kinder sind in 71 Kindertagespflegestellen in Betreuung.“

Herr Isermeyer: „Der Verfahren der Kitafinanzierung wird sich zum Haushaltsjahr 2014 ändern. Hintergrund der Änderung ist eine Klage, wo es im Februar dieses Jahres eine Entscheidung vor dem Oberverwaltungsgericht gab, dass bei der Berechnung für die Kitafinanzierung für Kommunen keine Vermischung gemacht werden darf. Das Verfahren der Kitafinanzierung wurde durch das Gericht gelobt, aber als nicht rechtskonform erachtet. Bei Kommunen hat die Berechnung nach dem TVÖD zu erfolgen und zwar anhand einer fiktiven Musterschülerin. Der Landkreis hat aber vor Gericht gewonnen, da durch das alte Verfahren insgesamt mehr bezahlt wurde als erforderlich. Aktuell wird zusammen mit den Kommunen ein Vorschlag zur Kitafinanzierung entwickelt.“

Frau Meißner: „Was passiert mit freien Trägern?“

Herr Isermeyer: „Jugendamt will bei den freien Trägern die Ausgleichsfunktion beibehalten.“

Zu TOP 10 Sonstiges

Im Ausschuss im Sommer wird eine Informationsveranstaltung zu folgenden drei Themen stattfinden:

- Stand der Entwicklung des Kinderschutznetzwerkes
- Stand der Sozialraumorientierung im Landkreis
- Inklusion.

gez.

Monika Kilian
Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses

Elisa Karkowsky
Schriftführer/in